

- Genehmigung steht noch aus
 genehmigt

Protokollverteiler: Schreibe eine E-Mail mit deiner gewünschten Empfangsadresse an stura-protokolle-on@stura.uni-freiburg.de und folge den Anweisungen, um dich in den Protokollverteiler einzutragen.

Anwesende Vertreter*innen: Christian Kröper (Anglistik), Damian Domke (Archäologie und Altertumswissenschaften), Kai Gallant (Biologie), (Chemie), (Ethno-Musik), Sebastian Gräber (EZW), Moya Zöller (Forst-Hydro-Umwelt), Nils Riach (Geographie), Danny Schmidt (Germanistik), Lorenz Kammerer (Geschichte), Sebastian Kränzle (RegioKulturwissenschaft), Philip Krajewski (Kunstgeschichte), Thomas Seyfried (Mathematik), Aphrodite Adamidou (Medizin), Alexander Voronov (Molekulare Medizin), Rolf-Peter Weber (Pharmazie), Moritz Hoffmann (Physik), Maleen Steding (Politik), Mathieu Pinger (Psychologie), Milena Herbig (Rechtswissenschaften), Isabel Schön (Soziologie), Isabelle Wolf (Sport), Fabian Wenzelmann (TF), Michaela Ahr (Theologie), Louisa Lippl (Wirtschaftswissenschaften), Rebekka Blum (Initiative AgD), Tatjana Kulow (Initiative Asoziales Netzwerk), Vincent Heckmann (Initiative Bengalos), Florian Messerer (Initiative CampusGrün), Matthias Hauer (Initiative HOCHSCHULGRUPPE), Maximilian Gröllich (Initiative Juso-HSG), Bastian Brunk (Initiative LHG), Jean-Michel El-Saleh (Initiative Linke SDS), Charlotte Langenfeld (Initiative RCDS)
Gäste: Kevin Hättig, Anna-Lena Osterholt, Jona Winkel, Mose Vetzels, Tilman Bühner, Jakob Lohmann

Tagesordnung

TOP 0: Formalia

- 1) Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung des Protokolls
- 3) Vorschläge zur TO

TOP 1: Berichte

- 1) Vorstandsbericht

TOP 10: Sonstiges

TOP 0 Formalia

1) Feststellung der Beschlussfähigkeit

2) Genehmigung des Protokolls

3) Vorschläge zur TO

1) Antrag auf Vertagung der Bewerbung Kristian Webers (Ausw.kommission Dtl.Stipendium) durch FB Jura

Ggrede, dass es besser wäre, jetzt eine Bewerberin im Stura zu wählen und dann zu diskutieren

bzw. zu prüfen, ob der Rektor zukünftig noch Menschen entsenden können soll. 6 St. für Vertagung, Mehrheit gegen (12), 9 Enth) – die Bewerbung wird abgestimmt

2) Bericht WSSK als TOP 1,2

3) Frage nach Mandaten für NachhilfeNetzwerk, 21 Mitglieder könnten abstimmen, daher wird der Antrag mit abgestimmt

4) ein Finanzantrag der Geographie wird noch hinzugefügt als TOP

5) Antrag auf Vertagung des JEF-Finanzantrags mit der Begründung, dass es einen Rabatt für alle geben sollte, wenn der Stura mitfinanziert, nicht nur für Mitgl. Ggrede Jura, dass Mitgl. Der JEF Mitgliedsbeitrag zahlen und sich das ausgleicht. (für Vertagung: 6, dagegen: 17, Ent: 7; der Antrag wird daher abgestimmt)

TOP 1 Berichte

1) Vorstandsbericht

Die Arch. Bittet um Auskunft zur Besetzung der Auswahlkomm. des Deutschland-Stipendiums.

Der Vertreter der Angl. bemerkt dazu, dass studentische Mitglieder im Senat versuchen werden, die Bewerberin im Fall einer Wahl als Stellvertreterin einzusetzen, vermutet aber, dass in Bezug auf eine Auskunft des Rektors bis zum Novembersenatstermin nichts zu machen ist.

2) WSSK

Es wird bis Ende der Woche um Anregungen gebeten, was an der Wahlordnung geändert werden soll. Danach findet eine Rücksprache mit dem Rektorat statt, darauf folgt vermutlich im Nov. die Abstimmung im Stura.

Der Finanzref. bittet um Umstrukturierung der amtlichen Bekanntmachung.

Ein weiteres MG der WSSK merkt an, dass 2 FB momentan nicht vertreten sind und wählen können, ob eine Nachwahl oder Umstrukturierung stattfinden soll. Die Skandinavistik wünscht Nachwahlen, von der EuroEthno gibt es bisher keine Antwort.

3) Unterausschuss Senatskommission für Studium und Lehre

In der neuen B.Sc.-Rahmenprüfungsordnung (PO) soll die Abmeldung von Prüfungen möglich sein, allerdings muss das jeweils in die FachPOs übernommen werden. Die FBe sollten sich informieren und das ansprechen. Außerdem sollte das in der B.A.-RahmenPO möglich sein, hier muss jedoch noch nachgehakt werden.

TOP 2: Abstimmungen

Versuchsweise finden sich alle angehängten Dateien in einer Zip-Datei auf der Homepage (Ergebnisse, Anträge, Berichte, Bewerbungen ...). Der Link ist folgender:

<https://www.stura.uni-freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/wise14/sitzung281014/anhang%20stura-sitzung>

[%20281014](#)

Sollten sich dabei Probleme ergeben, wendet euch bitte an das Präsidium!

TOP 3: Finanzanträge

4) Aktionswoche „Access to Medicines“

Frage nach anderen Geldquellen. Die Antragsstellenden haben beim FB Medizin angefragt, außerdem gibt es noch einen anderen Geldgeber; alternativ erwägen die Antragsstellenden Kuchenverkauf oder Ähnliches.

5) Antrag der Geographie

Es wird die Frage gestellt, warum das Geld nicht aus dem FB-Topf genommen wird ob der FB denn keine anderen Einnahmen habe. Der Antragsteller gibt an, dass diese Gelder schon verplant seien und er persönlich auf das Geld angewiesen sei, da er auch allein zu der Veranstaltung fährt, für deren FK das Geld beantragt ist. Die Bengalos merken an, dass es sich dabei um eine Fehlplanung der Gelder handelt.

GO-Antrag auf Ende der Debatte

TOP 4 QSM

Die studentischen Mitglieder der Vergabekommission berichten, dass es zu spät war für Änderungen, da Gelder bereits verplant seien, sie haben allerdings angemerkt, dass Meinung der Studis von bisheriger Vergabe abweicht.

Es soll in Zukunft eine größere Diskussion geben, bei der auch Grundsatzbeschluss getroffen werden kann. Auch im Stura sollte darüber nochmals diskutiert werden, damit sich die Betroffenen in Zukunft auf eine Position des Sturas berufen können.

Es wird darum gebeten, Fragen und Kritik an QSM-Menschen direkt zu senden.

Außerdem gibt es einen Antrag: die Unicards werden bisher als Erstausrüstung aus QSM bezahlt, was jedoch fraglich ist, da dies auch aus Grundmitteln finanziert werden könnte und nach Meinung der Antragsstellenden sollte. Wenn die Finanzierung aus QSM abgelehnt werden sollte, folgt die Schlichtung, was dann passiert, ist jedoch nicht klar; Antragstellenden wollen ein Mandat des Stura, weil sonst evtl. Erstis das in Zukunft auch noch bezahlen müssen

Es wird angemerkt (Bengalos), dass Unicards früher auch selbst bezahlt wurden.

Die Sport hat eine Nachfrage zum Allgem. Hochschulsport (zu einem Sem., dass anscheinend als LV aufgeführt wird) und bittet um Zusendung der Info.

Es wird die Meinung geäußert, dass Unicards für alle kostenlos sein sollten. Es wird nach möglichen Folgen einer Ablehnung der Finanzierung der Unicards aus QSM und Alternativen gefragt. Das sei nicht ganz klar. Die st. Mitglieder würden Finanzierung aus uni-eigenen Mitteln

bevorzugen, da es sich um einen Grundfinanzierungsposten handelt. Es wäre allerdings möglich, dass dieser Betrag (ca. 5 Euro pro Person) auf die Erstis umgewälzt wird.

Es taucht außerdem die Frage auf, woher das Geld für die anderen Unicards kommt, da diese eine kurze Lebensspanne haben. Es sei fraglich, warum die Uni ausgerechnet für die Ersti-Cards kein Geld haben sollte.

Der Antrag wird vertagt. Es gibt 2 GO-Anträge:

GO1: Schließung der Redeliste

GO2: Ende der Debatte (dafür Mehrheit)

Die TF bittet, direkt die Finanzierung aus Zentralmitteln zu fordern – das wird aufgenommen in die Abstimmungsübersicht.

TOP 5 Bewerbungen

1) Tatjana Kulow (2. Vorstandsreferat)

Keine Fragen

2) Janine Heitzmann (Umweltreferat)

Frage nach Teilnahme an AStA-Sitzungen wird bejaht. Ebenso die Frage nach dem imper. Mandat.

Auf die Frage nach konkreten Projekten gibt Bewerberin die Bilanzierung von Ressourcen und Energieverwendung zum Feststellen von Einsparpotentialen an; außerdem soll Papier nicht mehr aus Regenwaldholz sein

Die Frage nach einer Parteizugehörigkeit wird verneint. Frage nach Beschäftigung mit Umweltref-Vorerfahrungen wird damit beantwortet, dass noch keine Kontakte bestehen, aber Erfahrungsaustausch als sehr sinnvoll angesehen wird. Außerdem sieht die Bewerberin eine Sicherung ihrer Arbeitsergebnisse vor.

CampusGrün stellt die Frage, warum sich die Bewerberin nach eigener Aussage im Umweltref. bisher nicht willkommen gefühlt habe. Dies habe verschiedene Gründe gehabt, u.A. seien Informationen zu intransparent gewesen. Dazu merkt der Vertreter der Bengalos an, dass er das nach eigenen Erfahrungen mit der Vorjahres-Referentin sehr nachvollziehbar findet.

3) Paul Brettel (Antidiskriminierungsref.)

TF fragt an, ob mehr ein*e Stellvertreter*in wählbar sei. Ein WSSK-Vertreter gibt dazu an, dass das kein Problem sei, solange es keine Beschwerden gebe.

4) Vera Fischer (Antidiskriminierungsref.)

5) Michal Armbruster (Antidiskriminierungsref., Stellv.)

6) Antonia Strecke (Antidiskriminierungsref.)

Frage des Vorstands an alle Bewerber*innen nach Teilnahme an AstA-Sitzungen. Die Bewerber*innen geben an, dass sie unter Anderem deshalb mit 4 Personen gewählt werden wollen, damit immer ein Mensch kommen kann.

7) Antonia Paulus (WSSK)

Es gibt keine Fragen an die Bewerberin.

Die Mathe erinnert daran, dass WSSK-Mitglieder eine 2/3 Mehrheit brauchen und daher unbedingt abgestimmt werden sollte. Die Jura bemerkt, dass sie trotz der Größe des Fbes Probleme mit der Beschlussfähigkeit haben und es daher ein Systemfehler sei, wenn sie kein Mandat bekämen.

TOP 6 Wirtschaftsplan 2015

GO-Antrag auf Pause, Ggrede aufgrund der Wichtigkeit des Wirtschaftsplans, Abst: 3 dafür, Mehrheit dagegen

1. Erläuterungen des Finanzreferenten

Die Mitgliedschaft im fzs steht zur Debatte; ebenso Personalkosten, die stark gestiegen sind, da Stellen falsch eingestuft waren, was nun zu Mehrkosten führt.

Im Plan fehlen im Moment noch die Überschüsse, das folgt hoffentlich bis nächste Woche.

Es sollte perspektivisch überlegt werden, wie feste Töpfe zu verteilen sind, damit das Ganze nicht immer wieder neu abgestimmt werden muss.

Zum Verfahren: Jetzt werden bis nächste Woche strittige Fragen geklärt (Stellen, fzs, ...), damit nächste Woche klar ist, was noch an Mitteln bleibt, um dann finanziellen Raum für eigene politische Projekte zu besprechen. Danach ist noch fraglich, was mit dem Übertrag passiert; auch eine Beitragserhöhung wäre möglich, das Finanzref. bittet allerdings darum, das nur im Notfall zu tun.

Bisherige Änderungen am WSP im Vergleich zum Vorjahr: Rücklagen wurden angepasst (das Auto kriegt mehr, weil ein Kleinbus, dessen Anschaffung geplant ist, dann in 5 Jahren refinanzierbar wäre; außerdem ist mehr Geld für PCs eingeplant).

Im Moment sind allein Neuansätze relevant für Diskussion (Personal, fzs).

Erinnerung des Finanzreferenten: Für eine Referatshaushaltsänderung müsste die Finanzordnung geändert werden. Wenn das gewünscht wird, müssen Optionen geprüft werden.

2. Änderungsanträge

1) Änderungsantrag zu Stellen

1. EDV-Kürzung von 70 h auf 50 h im Monat
2. Anhebung der Finanzstelle von 35 h auf 45 h im Monat

2) Änderungsantrag des Asozialen Netzwerks:

1. Stellenanpassung nach den neu ermittelten Gehaltsklassen
2. Anhebung der Aufwandsentschädigungen um 25 € auf 100 €, da einige Stellen sehr arbeitsaufwendig sind und auch zu „Zeitverlust“ beim Studium führen können, was gewürdigt werden sollte
3. Anhebung der Vorstandsentslohnung auf 600 € im Monat (von aktuell 450)
4. Bezahlung der Vorständ*innen über 13 Monate, da die Vorstandsposten sehr aufwendig sind und eine entsprechende Einarbeitungszeit erfordern

Dazu als Anmerkung, dass für Unigremien und VS-Gremien eine Verlängerung der Studienzeit bei BaFög-Zahlung möglich sei.

Es wird die Frage nach der Versteuerung gestellt. Die Vorstandsposten werden als Minijob versteuert, die momentanen 75-Euro-Posten laufen als Aufwandsentschädigungen steuerfrei.

Die AgD fragt an, ob es Probleme bei BaFög-Erhalt in Kombination mit 650 Euro Vorstandsgehalt geben wird. Es werde aber nur bei einer BaFög-Zahlung von 1-150 zu einer Einstellung dieser Zahlung kommen. Ansonsten besteht die Möglichkeit eines Verzichts auf 150 Euro, sodass der BaFög-Höchstsatz weiter gezahlt würde.

Im Allgemeinen müssten sich individuelle Lösungen finden lassen.

3) Änderungsantrag

1. Einrichtung einer Protokollstelle, um den Präsidiumsposten attraktiver zu machen und das Präsidium zu entlasten. Die Protokollierung sei sehr viel Arbeit, verglichen mit den Referaten; außerdem sei das Protokollschreiben keine politische Aufgabe. 16 Stunden im Monat sollen dafür eingeplant werden.
2. Einstellung einer Layout-Person mit 75 € Aufwandsentschädigung, da häufig Layoutsachen anfallen und die bereits Mitarbeitenden nicht immer versiert sind. Diese Stelle könnte sich auch mit der Berta, der Umstellung auf OpenSource und der Beratung der FSen beschäftigen.

Nachfrage der Angl. zur Protokollstelle, wie 16 Stunden pro Monat gerechnet werden. Diese seien

aufs Jahr gerechnet und der Anzahl der Sitzungen entsprechend.

Auf eine Anfrage der AgD wird die „Natur“ der Protokollstelle als Servicestelle beschrieben, die dem Präsidium angegliedert und dem Vorstand unterstellt werden soll.

Es folgt die Anmerkung, dass auch Protokolle irgendwie politisch seien, und darauf aufbauend die Frage, ob das nicht doppelte Arbeit fürs Präsidium darstelle, das dann auch die so erstellten Protokolle noch einmal durchschauen müsste.

Frage nach der Größe der Layoutstelle wird mit „um die 4 Stunden“ beantwortet.

GO-Antrag auf Ende der Debatte? Inhaltliche Ggrede, dass es um eine Menge Geld gehe, weshalb diese Debatte bis zum Ende geführt werden solle. (Mehrheit für Weiterführung der Debatte; daran anschließend Schließung der Redeliste)

Mitglied WSSK gibt zur Frage nach dem politischen Charakter von Protokollen an, dass es diese schon für politisch hält, aber von Gleichberechtigung ausgehen würde. In Bezug auf die Layoutstelle wird die Aufgabenverteilung für zu schwammig gehalten.

Das Asoziale Netzwerk wirft ein, dass die Layoutstelle auch als Beratungsstelle nach Stunden bezahlt werden könnte, also „notwendigkeitsbasiert“; bezüglich der Protokollstelle wird die Frage aufgeworfen, ob das Geld da wirklich gut investiert ist, da es früher auch wechselnde Protokollant*innen gab, ohne dass eine eigene Stelle dafür eingerichtet werden musste.

Die Einführung der Layoutstelle als Beratungsstelle wird als Änderungsantrag zum Änderungsantrag 3 in die Abstimmungsübersicht aufgenommen.

4) Änderungsanträge des RCDS

1. Austritt aus dem fzs (freien Zusammenschluss von Student*innenschaften)
2. Streichung der pauschalen Aufwandsentschädigungen für Referate, autonome Referate, Fahrradwerkstatt und WSSK; stattdessen leistungsorientierte Aufwandsentschädigungen in Höhe von max. 10.000 Euro

Zum 1. Antrag

Zum Austritt aus der fzs findet ein auch mit dem fzs befasstes Mitglied der WSSK es politisch nachvollziehbar, dass dieser Antrag vom RCDS kommt. Die Frage nach der Effektivität des fzs findet es schwer zu beantworten. Er sei aber sehr präsent, vor allem auch auf Bundesebene und in der Hauptstadt und kontinuierlich aktiv sowie nicht parteigebunden. Deshalb sei die Mitgliedschaft sinnvoll.

Das As. Netzwerk stellt die Frage nach dem Sinn einer Aktivität auf Bundesebene, die es gegeben sieht, auch der Vorsitzende sei schon in Freiburg gewesen. FR zahlt relativ viel, da die Studivertretung groß ist; möglicherweise ist auch Senkung der Beiträge in Zukunft möglich.

Der RCDS will sichergehen, dass das Geld gut angelegt ist und findet die hohen Verwaltungskosten schwierig. Die Orga auf Bundesebene sei wichtig, aber vllt. ist der fzs nicht das richtige Gremium. Für Bildung sei die Länderebene entscheidend; eine eventuelle spätere Gebührensenkung sei zu wage.

Die TF merkt an, dass der fzs auch wichtige Aktionen unterstützt wie Aktionstage zum Thema Gender und Fortbildungen. Es stellt sich die Frage, ob Teilnahme an Tagungen auch sonst möglich sei. Das wissende Mitglied der WSSK gibt an, dass das möglich ist, aber dem Verband schade dem Verband, da dieser dann finanziell nicht abgesichert ist, was die pol Arbeit erschwert. Außerdem entfällt dadurch die Stimmberechtigung weg.

RCDS stellt die Frage nach sonstigen Aktivitäten des fzs. Das As. Netzwerk nennt als Bsp, dass sich der fzs sofort zu einer positiven Äußerung der Hochschulrektorenkonferenz in Bezug auf Studiengebühren ablehnend positioniert hat. Der fzs repräsentiere die Freiburger VS auch, wenn sich diese nicht deutlich positioniert hat. Außerdem könne sich die Freiburger VS selbst einbringen und dann auch Inhalte mitgestalten.

Die AgD antwortet darauf, dass das Geld anderswo vllt. sinnvoller angelegt sei, wenn sich die Freiburger VS nicht einbringen wolle oder könne in Zukunft. Dann sollte die Stärkung der LAK (Landes-AStEn-Konferenz) im Vordergrund stehen.

Darauf folgt ein GO-Antrag auf Schließung der Redeliste, es gibt keine Ggrede.

Physik spricht sich dafür aus, Kosten und Nutzen umsichtig abzuwägen. Der Vertreter hält eine Fördermitgliedschaft für unpassend und würde in diesem Fall eher einen Austritt gutheißen.

Der RCDS verweist auf einen Insiderbericht der ehemal. Gleichstellungsbeauftragten des fzs und spricht sich entschieden für eine Abstimmung aus.

Das wissende Mitglied der WSSK bemerkt als Reaktion auf die Kritik des RCDS, dass der fzs nur rede und daher sein Geld nicht wert sei, dass politische Arbeit viel mit Reden und Pressearbeit zu tun habe und das auf jeden Fall laufe. Es gebe Aufstellungen, was der fzs macht (siehe homepage des fzs) und wohin das Geld gehe (2 Sekkistellen und 4 Vorstände, was den Großteil der Verwaltung ausmacht; diese Stellen werden relativ gut bezahlt). Grundsätzliche Strukturkritik sei nicht nachvollziehbar und das Geld gut angelegt aus eigener Sicht gut angelegt.

Zum 2. Antrag

Der RCDS fragt an, ob dieser Antrag in der nächsten Woche erneut gestellt werden kann, da einige Zahlen nicht ganz korrekt sind. Der Finanzreferent bietet jedoch an, dies zu korrigieren, sodass der Antrag in bearbeiteter Form Gegenstand der nächsten Abstimmung sein wird.

Die FHU stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung, da es nicht die Aufgabe des StuRas sei, jeden noch so fragwürdigen Antrag in die FBe und Initiativen zu tragen. Es solle darüber gesprochen werden, wie die Gelder zu verwenden sind, der Vertreter hält jedoch nichts von den vorgeschlagenen Kürzungen. Es folgt eine Gegenrede des RCDS, dass die Umgangsform gewahrt werden solle, auch wenn inhaltliche Differenzen auftreten. Die Jura schließt sich dem allgemeinen Verweis auf einen angemessenen Sitzungston an, der unter allen Umständen geachtet werden solle. Dies geschieht ausdrücklich unabhängig von der inhaltlichen Position des FB Jura bzw. der anwesenden Vertreter*innen. Eine Abstimmung ergibt 6 Stimmen dafür, 9 dagegen, damit ist der Antrag auf Nichtbefassung abgelehnt.

Ein anwesender Referent bemerkt, dass das politisch diskutiert werden sollte, er allerdings nach

eigener Erfahrung mehr bekäme, wenn er einen Stundensatz erhielte. Außerdem wird auf die Bedeutung des Ehrenamts verwiesen. Die Betroffenen engagierten sich gern, aber Anerkennung sei wichtig. Eine Bezahlung nach „Leistung“ sei in diesem Zusammenhang schwierig.

Die AgD schließt sich dem an und bemängelt die Leistungsorientiertheit als zu neoliberal. Auch die Beschlussfähigkeit im AStA [die Bezahlung nach Leistung soll laut der Antragsteller*innen auch den Referent*innen als Anreiz dienen, regelmäßiger zu den AstA-Sitzungen zu erscheinen, Anm. Präs.] sei ein schlechtes Argument. Der Arbeitsaufwand sei je nach Zeitpunkt und Referat sehr unterschiedlich, und für die Transparenz gebe es die Protokolle.

Es folgt ein GO-Antrag auf Redezeitbegr (auf 2 min.) und Schließung der Redeliste, der jedoch zurückgezogen wird.

Ein Mitglied der WSSK merkt an, dass Referent*innen auch zu Berichten angehalten werden können, was eine bessere Alternative sei, um auf das Arbeitsverhalten Einfluss zu nehmen. Ein Fonds sei allerdings eine gute Idee, jedoch dann zusätzlich zu den Referatsgeldern.

Das As. Netzwerk bittet, die Einführung eines auf die Stirn tätowierten Leistungsindex ebenfalls zu erwägen.

Erneuter Einwand, dass ehrenamtl. Engagement nicht leistungsorientiert sein sollte. Auch Fachschaftsarbeit werde nicht entlohnt. Di*er Beitragende sieht diesen Antrag jedoch nicht als Kritik an der Arbeit der Referate.

Der Finanzreferent merkt an, dass bei 29 Ämtern 29,80 im Schnitt pro Monat als Aufwandsentschädigung heraus kämen als neue Maß. Die AStA-sitzungen allein seien ca. 3 Stunden pro Woche, damit wäre das deutlich unter Mindestlohnniveau.

Allgemein wird von Seiten eines Alt-Vorstands angemerkt, dass zum Einen das Präsidium schauen sollte, dass die Arbeit der Referate auch erledigt wird. Zum Anderen sollen sich die Mitglieder ein Mandat holen, falls in der nächsten Woche ein Antrag auf Nichtbefassung gestellt werden sollte. Diese Bitte wird auf die Abstimmungsübersicht übertragen, auch wenn dort noch kein Antrag auf Nichtbefassung vorgesehen sein wird. Dies wurde am Ende der Debatte abgestimmt mit 14 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.

Die MolMed erfragt, wie die Antragsstellenden auf den angegebenen Betrag gekommen seien. Diesen geben daraufhin an, die Ausgaben mit denen anderer Studivertretungen verglichen zu haben und aufgrund dessen einen für ausreichend gehaltenen Betrag festgesetzt zu haben. Die AgD bemängelt die Intransparenz dieses Vorgehens und bittet um Offenlegung der Quellen.

5) Änderungsantrag

Streichung der Rücklagen

Dazu wird angemerkt, dass es sich um zweckgebundene Rücklagen handelt, die wirtschaftlich sinnvoll seien. Der Finanzreferent bemerkt, dass das Geld der Rücklagen ausgegeben werden wird, nur nicht zeitlich übereinstimmend mit der Verplanung. Allerdings würden auch noch Überschüsse frei (ca. 50.000 €, aus nicht erfolgter Versicherung, ausgebliebenen Klagen gegen die VS und Ähnlichem). Keine Rücklagen zu bilden sei jedoch verantwortungslos.

TOP 7 Diskussion zum AK Ideologiekritik

Die Genderreferentin merkt an, dass sie die Thesen des Vortragenden Dornis aus versch. Gründen sehr schwierig finde. Es sei wichtig, darüber zu diskutieren, aber es sei nicht so einfach, dabei die richtige Ebene zu wahren. Es folgt eine Nachfrage der Jusos, um welche Themen genau es gehen wird. Bei Grigats Vortrag handele es sich tatsächlich um ein anderes Thema. Dornis' Vortrag jedoch wird sich auch auf Gendertheorie(n) beziehen.

Die AgD merkt an, dass der AK höchstwahrscheinlich weiß, dass es sich um kontroverse Themen handelt, aber der Umgang damit sei schwierig, nicht unbedingt im StuRa, aber z.B. auf dem Campus.

Es wird jedoch abschließend aus dem Plenum die Bitte geäußert, die Vortragsreihe als Übung in Ideologiekritik zu verstehen.

Damit wird der Finanzantrag zur nächsten Woche mit abgestimmt.

TOP 8 Antrag zur Finanzierung des 2. VS-Ref

Die Physik erfragt, um welchen Zeitraum es dabei geht. Es handelt sich um einen Posten, der im Wirtschaftsplan 2015 bereits eingeplant ist, daher steht nur die Finanzierung von Oktober bis Dezember zur Debatte. Der Finanzreferent merkt jedoch an, dass genug Geld vorhanden ist, um das 2. Vorstandsreferat zu finanzieren.

Unklarheiten bei gegenderten Formen im Antrag werden überarbeitet.

TOP 9 Info zur Vertreter*innenversammlung des SWFR

Aufgrund der Übergangsbestimmung in Artikel 19 §9 des dritten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (3. HRÄG) verlängert sich kraft des Gesetzes die Amtszeit der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes (09.04.2014) der Vertreter*innenversammlung angehörenden Wahlmitglieder bis zu 14. Oktober 2015, sofern die Amtsinhabenden nicht widersprechen. Das haben sie bisher nicht getan.

Sollte der StuRa diesen Vertreter*innen jedoch nicht mehr das Vertrauen aussprechen, kann ein Abwahlenantrag gestellt werden. Eine Neuwahl ist derzeit jedoch nicht möglich.

Die Mitglieder sind:

Robin Gommel
Hannes Hein
Andreas Hanka
Anna Tenberg

Die Stellvertreter*innen sind:

Julian Zimmer
Aljoscha Hartmann
Matthias Gornik
Anna-Lena Osterholt

Diese Regelung gilt auch für die Mitglieder im Verwaltungsrat.

TOP 10 Stura-Termin im SoSe 2015

Wenn gewünscht, kann der Stura wieder auf 18 Uhr verlegt werden. Es wird versucht werden, den Raum ab 18 Uhr zu buchen, auch wenn wir aufgrund der fortgeschrittenen Zeit von den verbliebenen Mitgliedern kein aussagekräftiges Meinungsbild erfragen konnten.

TOP 11 Termine und Sonstiges

Ein Vertreter des FBes Jura merkt an, dass der Umgangston in dieser und in der letzten Sitzung stellenweise problematisch war. Auch bei inhaltlicher Differenz sollte in freundlichem und sachlichem Ton besprochen werden. Dies werde ausdrücklich nicht aus Sympathie für bestimmte Parteien geäußert und eine rein persönliche Bemerkung, keine Stellungnahme des FBes oder einer Initiative.

29.10. Queerer Stadtrundgang, 18:00 an der Rosa Hilfe

03.11. Tag der Vielfalt (siehe Homepage der Stabstelle für Gender+Diversity)

04.11. und 05.11. Ausstellung und Audiostationen des Regenbogenreferats in der Aula (KG I)

04.11. Vortrag zum Queer_Feminismus mit der Mädchenmannschaft, 19:00 (KG I, HS 1016)

05.11. Doku-Abend des Regenbogenreferats, 18:00, aber auf Homepage schauen, ob dieser Termin stattfindet (wenn ja, dann Wilhelmstr. 16, Raum 01014)

08.11. Pink Party, ab 22:00 in der MensaBar, Rempartstraße